

***Erfolgreiche Wirtschaftspolitik der
Bundesregierung***

Rede

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Anlass

Statement beim Abendessen mit den
Fraktionsspitzen über wichtige politische
Kernaussagen des JWB 2016

am 25. Januar 2016

Uhrzeit der Rede: 19:30 Uhr

in BMWi-Berlin

Redezeit: ca. 15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrte [REDACTED],
sehr geehrter [REDACTED],
lieber [REDACTED]
sehr geehrte Abgeordnete,

ich heiÙe Sie alle hier im
Bundwirtschaftsministerium herzlich
willkommen.

Die Ereignisse der letzten Wochen
haben uns allen gezeigt, wie wichtig
ein handlungsfähiger Staat ist.

Ein Staat, der die Rechte aller
Menschen, und insbesondere die von
Frauen, sichern kann.

Ein Staat, der das Zusammenleben ordnet, und ein Staat, der den Hilfsbedürftigen, seien es Flüchtlinge oder Einheimische, zur Seite steht und sie unterstützt.

Wichtige Voraussetzungen für einen handlungsfähigen Staat sind eine stabile Wirtschaft und solides Wachstum.

Das ist in diesem Jahr vielleicht wichtiger denn je, weil die Integration von mehr als einer Million Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, eine enorme Kraft und ein mutiges Vorgehen des Staates erfordert.

Der wirtschaftliche Erfolg ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Anstrengungen in der Flüchtlingspolitik finanzieren können, ohne Verteilungskonflikte auszulösen.

In diesem besonderen Kontext möchte ich Sie heute, wie gewohnt, über einige Kernaussagen aus dem Jahreswirtschaftsbericht informieren.

Wir werden den Bericht am Mittwoch im Kabinett verabschieden. Am Donnerstag werde ich dazu im Bundestag sprechen und im April werden wir das Nationale Reformprogramm nach Brüssel übersenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen vor der Jahrzehntsaufgabe
einer umfassenden Integrationspolitik,
für die wir massive Investitionen
benötigen: in unsere Infrastruktur, in
Wohnungsbau, in Schulen und Kitas.

Wir brauchen mehr Polizistinnen und
Polizisten, mehr Lehrerinnen und
Lehrer, mehr Erzieherinnen und
Erzieher. Und wir brauchen größere
Anstrengungen bei der Eingliederung
von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.
Sie sollen sich nicht in der
Arbeitslosenstatistik, sondern im Job
und damit in der Mitte der
Gesellschaft wiederfinden.

Das alles gehört zu einer
Gemeinschaftsaufgabe Integration.
Gemeinschaftsaufgabe, weil Bund,
Länder und Kommunen hier
zusammenarbeiten müssen, aber
auch weil es um den
gemeinschaftlichen Zusammenhalt in
unserer Gesellschaft geht.

Deshalb darf es auch keinen
Flüchtlingswohnungsbau geben,
sondern Wohnungsbau für Deutsche
und Flüchtlinge gleichermaßen.

Wir sind bei dieser Aufgabe noch ganz am Anfang. Am Donnerstag, beim Treffen mit den Ländervertretern im Kanzleramt, wollen wir uns auf die Grundzüge eines ersten Integrationspaketes verständigen.

Das alles kostet Geld, viel Geld. Dank der guten Konjunkturlage war es uns bereits möglich, Ländern und Kommunen wichtige Hilfeleistung zu gewähren, insbesondere durch die 670-Euro Pauschale [Flüchtling/Monat].

Weiterhin werden Länder und Kommunen beim Bau neuer Sozialwohnungen ab 2016 mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützt.

Und ich begrüße auch die
Ankündigung vom Kollegen [REDACTED]
dass er die Länder zu Gesprächen
über weitere steuerliche
Erleichterungen für die Schaffung von
bezahlbarem Mietwohnungsbau
einladen wird.

Wenn wir trotz all dieser
Herausforderungen Grund zur
Zuversicht haben, dann, weil wir eine
solide wirtschaftliche Basis und
gesunde Staatsfinanzen haben, die es
uns ermöglichen, die damit
verbundenen Lasten zu schultern.

Das geht auch aus dem neuen
Jahreswirtschaftsbericht hervor.

Deutschland befindet sich weiter auf einem soliden Wachstumskurs. Und das, obwohl 2015 im Zeichen der Spannungen mit Russland und der Konflikte außerhalb Europas stand. Hinzu kamen die Griechenlandkrise und das gedämpfte Wachstum insbesondere in China.

Umso erfreulicher ist es, dass die deutsche Wirtschaft Kurs gehalten hat. 2015 betrug das Wirtschaftswachstum 1,7 Prozent. Für das Jahr 2016 gehen wir von einer ähnlichen Größenordnung aus

[Herbstprojektion: 1,8 Prozent; neue Projektion wird mit dem JWB veröffentlicht].

Im Jahresschnitt 2015 gab es in Deutschland knapp 43 Millionen Erwerbstätige – mehr als je zuvor. Die Arbeitslosenquote ist auf 6,4 Prozent gesunken [*minus 104.000 auf 2,795 Millionen Arbeitslose*] – weniger als je zuvor seit der Wiedervereinigung.

Die Vorzeichen für die deutsche Binnenkonjunktur stehen nach wie vor gut: Beschäftigung und Einkommen steigen; die Finanzierungsbedingungen sind ausgezeichnet.

Konjunkturelle Impulse gehen vor allem von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen aus. Hier spiegelt sich auch die Wirkung des niedrigen Ölpreises auf die Kaufkraft wider.

Dennoch investieren die Unternehmen weiterhin eher zurückhaltend. Eine Ursache dafür dürfte das fragile weltwirtschaftliche Umfeld sein.

Im neuen Jahr ist allerdings auch hier mit einer gewissen Belebung zu rechnen: Wir erwarten, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft etwas beschleunigt. Das wird auch den Welthandel wieder etwas ankurbeln.

Der Wechselkurs dürfte sich ebenfalls weiterhin günstig auf die Exportchancen der deutschen Wirtschaft auswirken.

Entscheidend ist nun, den aktuellen Wachstumskurs zu sichern, auch vor dem Hintergrund von demografischer und digitaler Entwicklung. Das müssen wir heute aktiv angehen und in unsere Zukunftsfähigkeit und unsere Modernisierung investieren.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2016 legt einen Fokus auf den digitalen Wandel. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für künftiges Wachstum in Deutschland nutzen.

Konkret heißt das, dass wir den Breitbandausbau vorantreiben.

50 Mbit pro Sekunde sind ein gutes Zwischenziel, aber unser Anspruch muss sein, künftig Bandbreiten im Gigabit-Bereich möglichst flächendeckend anzubieten.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Digitale Bildung sein *[IT-Gipfel-Thema 2016]*. Wir wollen die Ausbildungsordnungen aktualisieren und den Mittelstand bei der digitalen Weiterbildung unterstützen.

Fünf Kompetenzzentren Industrie 4.0 und ein digitales Kompetenzzentrum für das Handwerk haben wir ebenso geschaffen wie „Schaufenster“ für die intelligente Vernetzung der Zukunft im Energiebereich (SINTEG).

Auch ordnungspolitisch müssen wir auf die Anforderungen dieses neuen Zeitalters reagieren. Auf den digitalen Plattformmärkten entstehen neue Risiken von Monopolen.

Dem werden wir mit der 9. GWB-Novelle begegnen, ohne die Entwicklungs- und Übernahmemöglichkeiten von Start-ups zu erschweren. [*Weitere ordnungspolitische Maßnahmen: Vergaberechtsreform (digitale Vergabe); IT-Sicherheitsgesetz.*]

Neben der Digitalisierung wird 2016 auch das Thema Investitionen wieder ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda stehen.

Der Bund hat im Bereich der öffentlichen Investitionen bereits deutliche Akzente gesetzt. Der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt stieg von 8,5 Prozent (2014) auf 9,7 Prozent (2015).

Neben zusätzlichen Investitionen etwa in Bildung oder die Infrastruktur wurden Länder und Kommunen in dieser Legislaturperiode um mehr als 30 Milliarden Euro entlastet. Das schafft Spielräume für neue, zusätzliche Investitionen.

[Darüber hinaus wird die Bundesregierung auf Basis der Vorschläge der Fratzscher-Kommission strukturelle Maßnahmen prüfen, um die Effizienz der öffentlichen Investitionen zu erhöhen (Stichwort: Bundesfernstraßengesellschaft; Beratungsagentur für Investitionsvorhaben der Kommunen).]

Vor allem geht es aber auch darum, private Investitionen zu fördern. Ein besonderes Augenmerk legen wir hier auf Gründungen und junge Unternehmen. Sie spielen für die Innovationskraft der gesamten Wirtschaft eine besondere Rolle.

Um mehr privates Kapital für junge, innovative Unternehmen zu mobilisieren, hat die Bundesregierung die Bedingungen für Wagniskapital und Start-ups verbessert.

[U.a. sollen 2016 insbesondere das INVEST-Zuschussprogramm ausgebaut und der Kreis der Antragsteller auf Fondsinvestoren ausgeweitet werden. Es wird keine Veräußerungsbesteuerung von Streubesitz geben. Die KfW ist als Ankerinvestor für Fonds in den Markt zurückgekehrt.]

Nicht zuletzt haben wir die Wirtschaft um 744 Millionen Euro Bürokratiekosten entlastet und werden auf diesem Weg weiter vorangehen.

Mit Blick auf unsere starke Industrie geht es darum, digitale Innovationen und den Übergang zur Industrie 4.0 zu erleichtern. Dazu hat die Bundesregierung einen umfangreichen Dialogprozess angestoßen.

Das gilt auch für Fragen zur digitalen Arbeitswelt [*Arbeiten 4.0*].

Meine Damen und Herren,
all dies stellt nur einen Ausschnitt des Jahreswirtschaftsberichts dar.

Gar nicht erwähnt habe ich bisher die Energiepolitik. Das bedeutet nicht, dass hier die Arbeit beendet ist. Im Gegenteil!

Wir haben uns für 2016 viel vorgenommen. Mit dem Strommarktgesetz und dem EEG 3.0 werden wir in diesem Jahr die Marktkräfte stärken und die Energiewende weiter voranbringen.

Insgesamt wird es 2016 darum gehen, als starker Staat zu handeln und in unsere Zukunft zu investieren. In die Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und in die Modernisierung unseres Landes.

Wir dürfen die heute wirtschaftlich gute Lage nicht als selbstverständlich voraussetzen, sondern intensiv an den Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen arbeiten.

Vielen Dank!